Deutscher Bundestag **Drucksache 19/10536**
19. Wahlperiode 31.05.2019

Fragen

für die Fragestunde der 103. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 5. Juni 2019

Verzeichnis der Fragenden

Abgeordnete	*Nummer der Frage*
Akbulut, Gökay (DIE LINKE.)	9, 18
Badum, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	26, 60
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	14, 15
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	27, 28
Dröge, Katharina (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	16
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	40, 41
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	21, 22
Gelbhaar, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	52, 53
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	24, 25
Hahn, André, Dr. (DIE LINKE.)	10, 11
Hoffmann, Christoph, Dr. (FDP)	35, 36
Holtz, Ottmar von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	31
Houben, Reinhard (FDP)	61
Huber, Johannes (AfD)	23
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	32, 45
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	7, 8
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	19, 20
Keul, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3, 4
Klein-Schmeink, Maria (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	49
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	17, 56
Kraft, Rainer, Dr. (AfD)	38, 39
Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	42, 59
Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	54, 55
Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	12, 13
Luksic, Oliver (FDP)	37
Nastic, Zaklin (DIE LINKE.)	29, 30
Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	33, 67
Polat, Filiz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5, 6
Renner, Martina (DIE LINKE.)	1, 2
Sarrazin, Manuel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	34
Schmidt, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	65, 66
Schreiber, Eva-Maria (DIE LINKE.)	48, 64
Sommer, Helin Evrim (DIE LINKE.)	62, 63
Völlers, Marja-Liisa (SPD)	50, 51
Werner, Katrin (DIE LINKE.)	46, 47
Zdebel, Hubertus (DIE LINKE.)	57, 58

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat

1. Abgeordnete **Martina Renner** (DIE LINKE.)

In wie vielen Fällen hat das Bundesamt für Verfassungsschutz im Jahr 2018 die Bestandsdaten für IP-Adressen oder E-Mail-Postfächer im manuellen Verfahren nach § 113 des Telekommunikationsgesetzes bei den Telekommunikationsprovidern abgefragt?

2. Abgeordnete **Martina Renner** (DIE LINKE.)

Welche Überschneidungen bestehen zwischen den Personenlisten, die in den Fallkomplexen NSU, Franco A. und Nordkreuz gefunden wurden?

3. Abgeordnete **Katja Keul** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sind der Bundesregierung Abschiebeflüge aus Deutschland bekannt, bei denen die Durchführung ab dem Flughafen nicht in der Zuständigkeit einer deutschen Behörde lag (www.frsh.de/aktuell/presseerklaerungen/presseerklaerung/news/naechster-schritt-in-die-externalisierungspolitik/) und Abschiebeflüge lediglich durch Begleitpersonen von deutscher Seite stattgefunden haben, und falls ja, welche rechtlichen Kompetenzen (insbesondere Weisungsbefugnis) haben die Begleitpersonen?

4. Abgeordnete **Katja Keul** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie wird nach Kenntnis der Bundesregierung, unabhängig von der durchführenden bzw. federführenden Behörde, sichergestellt, dass bei Abschiebeflügen Mindeststandards (medizinische Versorgung und Begleitung, Belegung des Flugzeugs, Verhältnismäßigkeitsprüfung bei Anwendung von Fesselung) gewährleistet werden?

5. Abgeordnete **Filiz Polat** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hat die Bundesregierung Kenntnisse von sogenannten Abholchartern bei Abschiebungen (also Abschiebeflügen, bei denen die Zielländer Maschinen, Personal und Begleitpersonen stellen, die lediglich durch die Bundespolizei oder andere Behörden beobachtend begleitet werden, www.frsh.de/artikel/naechster-schritt-in-die-externalisierungspolitik/), und inwiefern ist die Bundesregierung an der Durchführung solcher

Abholcharter beteiligt (einschließlich vorbereitender Absprachen mit den Zielländern oder ähnlicher Maßnahmen)?

6. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie wird nach Kenntnis der Bundesregierung bei der Durchführung von Abschiebeflügen sichergestellt, dass während des Vollzugs die Verfahrensgarantien des deutschen und internationalen Rechts eingehalten werden, insbesondere bei der Übergabe durch die deutschen Behörden an die Behörden der Zielländer, und gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung Fälle, in denen eine Übergabe durch die Behörden der Zielländer bereits an einem deutschen Flughafen stattfand (mit der Bitte um Auflistung der bekannten Fälle unter Nennung des Ziellandes)?

7. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)

Auf welches Zahlenmaterial oder konkreten Erkenntnisse begründet die Bundesregierung die dem Gesetzentwurf auf Bundestagsdrucksache 19/10047 zugrunde liegende Annahme, dass die „Rechtspflicht, Deutschland zu verlassen“, „von einer hohen Zahl vollziehbar Ausreisepflichtiger nicht befolgt wird“, vor dem Hintergrund, dass es im Jahr 2018 insgesamt 18 896 Ausreiseentscheidungen gegenüber abgelehnten Asylsuchenden und im selben Zeitraum weitaus mehr, nämlich 41 587 Ausreisen (inklusive Abschiebungen) von abgelehnten Asylsuchenden gab (Bundestagsdrucksache 19/8021, Antwort zu Frage 22) und zugleich trotz der fast zwei Millionen seit 2013 gestellten Asylerstanträge Ende 2018 nur 24 996 ausreisepflichtige abgelehnte Asylsuchende ohne Duldung in Deutschland lebten (Bundestagsdrucksache 19/8258, Antwort zu Frage 32), wobei auch die Bundesregierung davon ausgeht, dass „eine nicht unerhebliche Zahl“ der Ausreisepflichtigen ohne Duldung bereits ausgereist oder untergetaucht ist (vgl. Bundestagsdrucksache 18/6860, Antwort zu Frage 22) und die Angaben im Ausländerzentralregister insbesondere zur Zahl der Ausreisepflichtigen unzuverlässig sind (vgl. hierzu Bundestagsdrucksache 18/12725; bitte ausführen), und inwieweit teilt die Bundesregierung das von der Menschenrechtskommissarin des Europarates in einem Brief an die Vorsitzende des Innenausschusses des Deutschen Bundestages vorgetragene Argument (vgl. www.coe.int/en/web/commissioner), dass nur wenig dafür spreche, dass eine Ausweitung der Möglichkeiten zur Abschiebungshaft notwendigerweise zu einer effektiveren Rückkehr führe, vor dem Hintergrund, dass

sich die Zahl der Abschiebehaftfälle in Deutschland von 2015 bis 2017 mehr als verdoppelt habe (vgl. hierzu Bundestagsdrucksache 19/5817), während im gleichen Zeitraum die Zahl der Abschiebungen in etwa gleich geblieben sei (bitte begründen)?

8. Abgeordnete **Ulla Jelpke** (DIE LINKE.)

Wie ist die mit dem Gesetzentwurf auf Bundestagsdrucksache 19/10047 geplante Anwendung der Ausnahmeregelung des Artikels 18 Absatz 1 der EU-Rückführungsrichtlinie, die eine „unvorhersehbare Überlastung der Kapazitäten der Hafteinrichtungen“ voraussetzt, zu begründen, vor dem Hintergrund, dass die in dem Gesetzentwurf diesbezüglich gegebene Begründung, „die Zahl der neuankommenden Schutzsuchenden“ sei „vor 2015 über Jahre gesunken“ (Bundestagsdrucksache 19/10047, S. 42), nach meiner Einschätzung falsch ist (tatsächlich stieg die Zahl der Asylerstanträge seit 2008 kontinuierlich jedes Jahr an, vgl. z. B. „Das Bundesamt in Zahlen 2017“ des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge; ein für notwendig erachteter Ausbau der Kapazitäten wäre nach meiner Ansicht somit vorhersehbar gewesen), und welche konkreten Zahlen oder Tatsachen kann die Bundesregierung dazu nennen, dass es eine „außergewöhnlich große Zahl von Drittstaatsangehörigen“ gibt, „deren Rückkehr sicherzustellen ist“, wie es Artikel 18 Absatz 1 der Rückführungsrichtlinie verlangt, vor dem Hintergrund, dass ihr gar keine genaueren Angaben dazu möglich sind, wie viele der nach dem Ausländerzentralregister formell ausreisepflichtigen Personen tatsächlich ausreisen müssen bzw. abgeschoben werden dürfen (weil viele von ihnen aus unterschiedlichen Gründen geduldet werden, nicht bekannt ist, in wie vielen Fällen rechtliche Abschiebungshindernisse vorliegen und die Angaben zur Ausreisepflicht insgesamt unzuverlässig sind, vgl. hierzu Bundestagsdrucksache 18/12725 und insbesondere die Antworten zu den Fragen 6c und 6d; bitte so konkret wie möglich ausführen und begründen)?

9. Abgeordnete **Gökay Akbulut** (DIE LINKE.)

Wie viele aus Seenot gerettete Menschen wurden bisher nach Deutschland überstellt, vor dem Hintergrund der Forderung des European Asylum Support Office (EASO) auf dem letzten Treffen der Justiz- und Innenminister der EU vom 14. Mai 2019, bei dem die Agentur die Mitgliedstaaten gebeten hat, tatsächlich die Anzahl von Personen aufzunehmen, zu deren Aufnahme sie

sich bereiterklärt hätten und dass rasch die Frage geklärt werden solle, ob nur Schutzbedürftige verteilt werden sollten (bitte nach aufnehmenden Bundesländern und abgebenden Erstaufnahmeländern so darstellen wie in der Antwort auf die Schriftliche Frage 34 auf Bundestagsdrucksache 19/7797)?

10. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)

Wie viele von den 186 Projekten aus dem vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat ausgelobten Programm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ (www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/bauen/foerderprojekte-sanierung-kommunal-einrichtungen.html) betreffen den Bereich Sport, und wie hoch ist der finanzielle Anteil für den Bereich Sport an dem insgesamt 300 Millionen Euro umfassenden Programm?

11. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)

Inwieweit hat die Bundesregierung bei der Vorauswahl der Projekte bzw. der Erarbeitung der Vorlage für den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages auf eine regionale Ausgewogenheit geachtet, und wie viele der bewilligten 186 Projekte befinden sich in Kommunen des Freistaates Bayern?

12. Abgeordneter
Christian Kühn (Tübingen)
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit welchen konkreten Maßnahmen will das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat die Klimaschutzlücke (www.agora-verkehrswende.de/fileadmin2/Projekte/2019/15_Eckpunkte_fuer_das_Klimaschutzgesetz/Agora_15_Eckpunkte_Klimaschutzgesetz_WEB.pdf) im Gebäudesektor schließen?

13. Abgeordneter
Christian Kühn (Tübingen)
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit welchen konkreten Maßnahmen will die Bundesregierung das im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD gesteckte Ziel von 1,5 Millionen Wohnungen in dieser Legislaturperiode erreichen, obwohl die Zahlen des Statistischen Bundesamts (www.handelsblatt.com/politik/deutschland/bewillingungen-wohnungsbau-kommt-

2018-kaum-in-fahrt/24394178.html?ticket=ST-767759-ECmHV9oHCUklsXsrT7DT-ap5) aus meiner Sicht einen anderen Eindruck erwecken?

14. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Hält es die Bundesregierung, um der Spekulation bei Immobilienverkäufen in Ballungsräumen entgegenzuwirken, für erforderlich, im Falle kommunalen Vorkaufs (etwa in Milieuschutzgebieten) den dem Käufer gemäß § 28 BauGB zu zahlenden Entschädigungswert regelmäßig weit unterhalb des kaufvertraglich vereinbarten sowie des bisher gemäß § 194 BauGB zu ermittelnden Verkehrswertes ansetzen zu lassen, und wird die Bundesregierung dazu kurzfristig eine Änderung der genannten Vorschriften sowie der Wertermittlungsverordnung mit einer derart moderaten neuen Wertkategorie für solche Vorkaufsfälle entwerfen (www.taz.de/Berliner-Wohnungsmarkt/!5591257/)?

15. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wird die Bundesregierung aufgrund der aktuellen Diskussionen in den Medien (www.haz.de/Nachrichten/Politik/Deutschland-Welt/Reaktion-auf-Rezo-Kramp-Karrenbauer-erwaegt-Regulierung-von-Meinungsaeusserungen) kurzfristig bezüglich analoger oder digitaler Meinungsäußerungen oder sogenannter Meinungsmache einen Gesetzentwurf erarbeiten mit Regeln für Wahlkampfzeiten?

16. Abgeordnete
Katharina Dröge
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie ist der Zwischenstand der Überprüfung der in Deutschland geltenden Sicherheitsanforderungen und Risikomanagementverfahren, die auf Grundlage der Empfehlung der Kommission vom 26. März 2019 zur Cybersicherheit der 5G-Netze aktuell durchgeführt wird, und welche Anpassungen der geltenden Sicherheitsanforderungen und Risikomanagementverfahren plant die Bundesregierung aktuell auf der Grundlage dieser vorläufigen Ergebnisse?

17. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welchen Status hat der Auftrag zur „Überprüfung der Geschäftstätigkeit der Unternehmen“, die in den in Bundesverantwortung verwalteten Investments enthalten sind und (im Konzern) Atomkraftwerke im Ausland betreiben (bitte mit Angabe derzeit avisierter Fristen; vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 37 auf Bundestagsdrucksache 19/7797), und bis wann

will die Bundesregierung die Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag der sie tragenden Parteien umsetzen, derartige Investments in Unternehmen, die Atomkraftwerke im Ausland betreiben, abzustoßen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

18. Abgeordnete **Gökay Akbulut** (DIE LINKE.)

Was hat die Bundesregierung konkret für die, seit dem 23. Juni 2018, inhaftierte deutsche Staatsangehörige S. I. und ihre Tochter D. Ö., die ihre Mutter besuchen wollte und am 24. Mai 2019 zunächst festgenommen wurde, anschließend ein Ausreiseverbot erhalten hat, unternommen, und wie lauteten die Reaktionen der türkischen Seite auf das Einwirken der Bundesregierung?

19. Abgeordneter **Uwe Kekeritz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Inhalte wurden bei dem Treffen zwischen Vertreterinnen und Vertretern der deutschen Botschaft in Brasilia und dem brasilianischen Umweltministerium am 27. Mai 2019 konkret besprochen, insbesondere in Bezug auf die vom Umweltminister Ricardo Salles geplante Verwendung von Mitteln des Amazonienfonds für Entschädigungszahlungen an Großgrundbesitzer und die Umbesetzung des Lenkungsausschusses (http://taz.de/Amazonas-Fonds-fuer-den-Regenwald/!5595169/), und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Bundesregierung hinsichtlich der bilateralen Beziehungen mit Brasilien?

20. Abgeordneter **Uwe Kekeritz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inwiefern vertritt die Bundesregierung in der EU die Haltung, das Mercosur-Assoziierungsabkommen nur abzuschließen, wenn starke, überprüfbare, bindende und sanktionsbewehrte Bedingungen zum Schutz der Menschenrechte und der Umwelt darin enthalten sind – wie u. a. von über 600 europäischen und brasilianischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in einem offenen Brief gefordert (www.sueddeutsche.de/wissen/abholzung-freihandel-vor-regenwald-1.4421627), und wie steht die Bundesregierung zu Forderungen von NGOs, wie z. B. nach einem klaren Importverbot für landwirtschaftliche Produkte, die

mit Regenwaldabholzung in Verbindung gebracht werden (www.dw.com/de/wissenschaftler-fordern-regenwald-rettung/a-48494030)?

21. Abgeordneter **Kai Gehring** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche menschenrechtspolitischen Themen hat die Bundesregierung gegenüber der brasilianischen Regierung seit deren Amtsantritt im bilateralen Austausch bisher angesprochen, und wie schätzt die Bundesregierung den Erfolg der Aussprachen hinsichtlich einer Verbesserung der Menschenrechtslage in Brasilien ein?

22. Abgeordneter **Kai Gehring** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Schritte hat die Bundesregierung bei der Umsetzung der Empfehlungen im Rahmen des dritten UPR-Verfahrens vor dem VN-Menschenrechtsrat in Genf bereits erreicht, und wie sichert die Bundesregierung eine zeitige, effektive und überprüfbare Umsetzung der angenommenen UPR-Empfehlungen ab?

23. Abgeordneter **Johannes Huber** (AfD)

Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, welche Teilnehmer mit deutscher Staatsbürgerschaft bei der sogenannten Bilderberg-Konferenz 2019 in Montreux/Schweiz teilnehmen werden (www.bilderbergmeetings.org/press/press-release/participants), und falls ja, sind unter den Teilnehmern auch Mitglieder der Bundesregierung?

24. Abgeordnete **Heike Hänsel** (DIE LINKE.)

Wie wird die Bundesregierung des 75. Jahrestages der NS-Kriegsverbrechen der 4. SS-Polizei-Panzergrenadier-Division in den griechischen Orten Distomo, Pyrgoi und Klissoura sowohl in Deutschland als auch in Griechenland gedenken, und wie begründet die Bundesregierung die Aussage, jedwede Reparationsforderungen von griechischer Seite seien „juristisch wie politisch abschließend geregelt“ (www.faz.net/aktuell/politik/bundesregierung-weist-griechische-reparationsforderungen-zurueck-16147437.html)?

25. Abgeordnete **Heike Hänsel** (DIE LINKE.)

Wie steht die Bundesregierung zu den von den USA verhängten direkten und sekundären Sanktionen gegen den Iran (www.nazirizadeh.de/iran-sanktionen/), Venezuela (www.heise.de/tp/features/US-Regierung-greift-Lebensmittelversorgung-in-

Venezuela-an-4432334.html) und Kuba (Helms-Burton, www.n-tv.de/politik/US-Sanktionen-gegen-Kuba-greifen-ueber-article20997931.html)?

26. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Initiativen hat Deutschland im Rahmen seiner zweijährigen Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat bislang zum Thema Klimakrise und Sicherheit angestoßen, vor dem Hintergrund, dass der Bundesaußenminister Heiko Maas bei seiner Antrittsrede als Mitglied des UN-Sicherheitsrates vor den Gefahren des Klimawandels für den Weltfrieden gewarnt hat (www.mdr.de/nachrichten/politik/ausland/maas-un-rede-sicherheitsrisiken-durch-klimawandel-100.html)?

27. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)

In Höhe welchen Betrages werden von der Bundesregierung Stabilisierungsmaßnahmen für das Jahr 2019 in der vom Al-Qaida-Ableger Hayat Tahrir al-Sham (HTS), der früheren Al-Nusra-Front, kontrollierten Region Idlib (Syrien) zur Aufrechterhaltung bisheriger Stabilisierungsmaßnahmen, jedoch keine Ausweitung (Bundestagsdrucksache 19/5440, Antwort zu Frage 57), unterstützt, und inwieweit hat es bezüglich der von Deutschland unterstützten Stabilisierungsmaßnahmen Abstimmungen mit lokalen Verwaltungsstrukturen (HTS oder HTS-nahestehenden Behörden etc.) gegeben?

28. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)

Inwieweit trifft es zu, dass die Bundesregierung den USA ihre Zustimmung dahingehend signalisiert hat, die USA bei der Absicherung einer „Schutztruppe“ für den Norden Syriens im Rahmen einer Änderung (Verlängerung oder Anpassung) des Mandats für den Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte zur nachhaltigen Bekämpfung des IS-Terrors und zur umfassenden Stabilisierung Iraks (sog. Counter Daesh), das zum 31. Oktober 2019 ausläuft, zu unterstützen (dpa vom 30. Mai 2019), und inwieweit liegt eine nach meiner Auffassung nach dem Grundgesetz erforderliche Resolution des UN-Sicherheitsrates für dieses Vorhaben vor?

29. Abgeordnete **Zaklin Nastic** (DIE LINKE.)

Inwieweit trifft es zu, dass die Bundesregierung eine Beteiligung der Bundeswehr an einer von der US-Administration geplanten „Schutzzone“ in Nordsyrien plant (https://deref-gmx.net/mail/client/q99pr3OBEKk/dereferrer/?redirectUrl=https%3A%2F%2Fm.spiegel.de%2Fpolitik%2Fausland%2Fmike-pompeo-in-berlin-bundeswehrjets-sollen-schutzzone-in-nordsyrien-absichern-a-1269961.html), und ist die Einrichtung einer solchen „Schutzzone“ ohne ausdrückliche Genehmigung der syrischen Regierung nach Auffassung der Bundesregierung völkerrechtskonform (bitte detailliert begründen)?

30. Abgeordnete **Zaklin Nastic** (DIE LINKE.)

Welche konkreten Einflussmöglichkeiten auf die Menschenrechtslage in den Vereinigten Arabischen Emiraten hat die Bundesregierung als Mitglied im UN-Sicherheitsrat geltend gemacht und mit welchem Erfolg?

31. Abgeordneter **Ottmar von Holtz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie ist der Stand der Verhandlungen zur Aufarbeitung des Völkermordes an den Herero zwischen Namibia und der Bundesregierung, und wieso wurde die für Ende April 2019 geplante Verhandlungsrunde nach meiner Kenntnis verschoben?

32. Abgeordneter **Andrej Hunko** (DIE LINKE.)

Aus welchem Grund ist die Bundesregierung der Preisverleihung in Aachen an den UNO-Generalsekretär António Guterres ferngeblieben („Nur die Bundesregierung sorgt für Misstöne“, www.aachener-zeitung.de, 30. Mai 2019), an der unter anderem der EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und der spanische König teilgenommen haben, und in welchen Jahren hat die Bundesregierung zuvor davon abgesehen, einen Vertreter oder eine Vertreterin zur Verleihung des Aachener Karlspreises zu entsenden?

33. Abgeordneter **Omid Nouripour** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Welche Schlussfolgerungen hat die Bundesregierung aus der Gefährdung des Aktivisten I. al-B. im norwegischen Exil (www.bbc.com/news/world-middle-east-48199885) für den Schutz von in Deutschland lebenden Aktivistinnen und Aktivisten gezogen, besonders gegenüber Gefahren aus Saudi-Arabien?

34. Abgeordneter **Manuel Sarrazin** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Inwiefern wird sich die Bundesregierung auf höchster Ebene dafür einsetzen, dass Russland der Forderung des UN-Seegerichtshofes nach sofortiger Freilassung der 24 ukrainischen Matrosen und der Marineschiffe nachkommt (www.zeit.de/politik/ausland/2019-05/krim-krise-russland-un-seegericht-freilassung-ukrainische-seeleute)?

35. Abgeordneter **Dr. Christoph Hoffmann** (FDP)

Welche friedens- und dialogfördernden Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung angesichts der sich weiter verschlechternden Situation in Kamerun zu ergreifen (www.nzz.ch/international/kamerun-im-englischsprachigen-teil-ist-die-lage-katastrophal-ld.1481402), und wäre aus Sicht der Bundesregierung eine Resolution des UN-Sicherheitsrates – dem Deutschland aktuell angehört – zum Konflikt in Kamerun zielführend?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

36. Abgeordneter **Dr. Christoph Hoffmann** (FDP)

Wann wird die Bundesregierung jene Betreiber von Photovoltaikanlagen über 10 KW, die den produzierten Strom selbst nutzen (Eigenverbrauch), von der EEG-Umlage befreien (www.pv-magazine.de/2018/12/07/eeg-umlage_auf_eigenbrauch_nur_noch_unter_vorbehalt_zahlen_45032/)?

37. Abgeordneter **Oliver Luksic** (FDP)

Erhalten nach Kenntnis der Bundesregierung die saarländischen Landkreise mit den Steinkohlekraftwerkstandorten Saarlouis, Saarpfalz sowie der Regionalverband Saarbrücken Mittel im Rahmen der Realisierung der Eckpunkte zur Umsetzung der strukturpolitischen Empfehlungen der

Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ für ein „Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen“, und wenn ja, in welcher Höhe?

38. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)

Wie viele Fälle von Fischsterben in Gewässern und Schädigungen von Schutzgebieten durch aus Biogasanlagen austretende wassergefährdende Stoffe im Jahr 2017 sind der Bundesregierung bekannt, und wie viele Biogasanlagen wurden im selben Jahr aufgrund solcher Störfälle oder anderer Sicherheitsrisiken vorübergehend oder auf Dauer stillgelegt?

39. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)

Teilt die Bundesregierung die Ansicht von Experten des Umweltbundesamtes, die, wie in einem Beitrag vom 24. Mai 2019 auf SPIEGEL ONLINE, äußern, dass es „nicht vertretbar [ist], die große Zahl von Biogasanlagen ohne eine angemessene Regelung weiterlaufen zu lassen“, und welche Maßnahmen hat die Bundesregierung bis heute ergriffen, um eine Gefährdung von Mensch und Umwelt durch den Betrieb unsicherer Biogasanlagen auszuschließen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

40. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie wird die Bundesregierung die Reaktivierung von bisher stillgelegten Bahnstrecken unterstützen, um insbesondere bisher nicht mehr erschlossene Mittel- und Unterzentren wieder an die Schiene anzubinden, um Netzlücken zwischen Zentren zu schließen, aber auch um das Straßennetz in Ballungsräumen zu entlasten oder Umfahrungsmöglichkeiten für störungsanfällige Eisenbahnknoten zu schaffen?

41. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie wird sich die Bundesregierung im Europäischen Rat für die Belange der Fahrgäste im Eisenbahnverkehr dahingehend einsetzen, dass die aus dem Europäischen Parlament vorgeschlagenen Verbesserungen des Verbraucherschutzes (www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20181106

IPR18319/rechte-von-bahnreisenden-modernisiert-besserer-schutz-fur-fahrgaste), insbesondere hinsichtlich der Entschädigungshöhe bei Verspätungen, der Ausweitung von durchgehenden Fahrscheinen und der Bereitstellung von Fahrradplätzen, umgesetzt werden?

42. Abgeordneter **Oliver Krischer** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Welche Schwierigkeiten sieht die Bundesregierung bei der Umsetzung des vorgeschlagenen Gesetzes zur Förderung von Barrierefreiheit und Elektromobilität im Miet- und Eigentumsrecht, und wann ist mit einer Verabschiedung im Kabinett zu rechnen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

43. Abgeordnete **Sabine Zimmermann (Zwickau)** (DIE LINKE.)

Wie stellte sich nach Kenntnis der Bundesregierung jeweils in den Jahren von 2008 bis 2018 bundesweit die Zahl der Arbeitslosen im Alter von 60 Jahren und älter dar?

44. Abgeordnete **Sabine Zimmermann (Zwickau)** (DIE LINKE.)

Wie stellte sich nach Kenntnis der Bundesregierung bundesweit jeweils in den Jahren von 2008 bis 2018 die Arbeitslosenquote von 60-Jährigen und Älteren dar und wie nach Bundesländern im Jahr 2018?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

45. Abgeordneter **Andrej Hunko** (DIE LINKE.)

Welche Feststellungen zur Verkehrssicherheit durch deren technische Bewaffnungsfähigkeit bzw. Bewaffnung sind der Bundesregierung im Rahmen des vom Rüstungskonzern Airbus bzw. vom Luftfahrtamt der Bundeswehr für die Drohne „German Heron TP“ durchgeführten Musterprüfprozesses bzw. Musterprüfprogramms bereits bekannt geworden (Bundestagsdrucksache 19/9560),

und inwiefern haben der israelische Hersteller IAI und die israelische Luftwaffe nach Kenntnis der Bundesregierung alle hierfür erforderlichen Dokumente, wie erbeten, fristgerecht zur Verfügung gestellt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

46. Abgeordnete **Katrin Werner** (DIE LINKE.)

Aus welchen Gründen plant das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Dachverbänden der Betroffenen-, Aussteiger- und Mobilen Beratung ab 2020 die Mittel in der zweiten Förderperiode des Programms „Demokratie leben!“ zu entziehen (vgl. www.bundesverband-mobile-beratung.de/2019/05/25/in-eigener-sache-starke-beratung-braucht-starke-verbaende/)?

47. Abgeordnete **Katrin Werner** (DIE LINKE.)

Welchen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung diesbezüglich, insbesondere mit Blick auf die Zunahme von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in der Gesellschaft, die durch zahlreiche Studien in der Vergangenheit belegt wurde (u. a. Verlorene Mitte – feindselige Zustände der Friedrich-Ebert-Stiftung von 2019), und wie möchte die Bundesregierung die Beratungsarbeit der Dachverbände sichern und ausbauen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

48. Abgeordnete **Eva-Maria Schreiber** (DIE LINKE.)

Wieso hat die Bundesregierung bei der WHA-Mitgliederversammlung letzte Woche eine weitergehende Resolution zu Transparenz von Medikamentenpreisen, Forschungs- und Entwicklungskosten blockiert, die nach meiner Auffassung dazu hätte führen können, dass Länder faire, bezahl-

bare Preise für Medikamente für ihre Bevölkerungen mit Pharmaunternehmen aushandeln können (www.msf.ie/article/wha-adopts-transparency-resolution-msf-statement)?

49. Abgeordnete
Maria Klein-Schmeink
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bestehen aktuell nach Kenntnis der Bundesregierung die notwendigen technischen Voraussetzungen, wie elektronischer Heilberufsausweis und elektronisches Heilberufsregister, um, wie im Referentenentwurf des Gesetzes für eine bessere Versorgung durch Digitalisierung und Innovation (DVG) vorgesehen, den freiwilligen Anschluss an die Telematikinfrastruktur nach § 291a Absatz 7 Satz 1 SGB V von Gesundheits- und Krankenpflegerinnen, Gesundheits- und Krankenpflegern, Kinderkrankenpflegerinnen und Kinderkrankenpflegern, Altenpflegerinnen und Altenpflegern, Pflegefachfrauen und Pflegefachmännern, Hebammen und Entbindungspflegern und Physiotherapeutinnen und Physiotherapeuten zu ermöglichen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

50. Abgeordnete
Marja-Liisa Völlers
(SPD)

Aufgrund welcher neuen Erkenntnisse hat die Bundesregierung die am 7. Mai 2019 im Rahmen der Vorstellung des zweiten Gutachterentwurfs des Zielfahrplans Deutschland-Takt veröffentlichte Netzplan-Grafik, in der die Strecken FV10 und FV47 Bielefeld–Hannover den Bahnhof Stadthagen anfahren (www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Anlage/E/schienengipfel-netzgrafik-nord.pdf), am 16. Mai 2019 durch eine Netzplan-Grafik ausgetauscht, in der die Strecken FV10 und FV47 Bielefeld–Hannover an Stadthagen vorbeifahren, und warum ist diese neue Version auf den 7. Mai 2019 zurückdatiert, obwohl es sich um eine überarbeitete Version handelt, die erst am 16. Mai 2019 veröffentlicht wurde (www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Anlage/VerkehrUndMobilitaet/Schiene/netzgrafik-fernverkehr-nord-gutachten-2.pdf)?

51. Abgeordnete
Marja-Liisa Völlers
(SPD)

Wann und worüber genau hat die Bundesregierung die Länder Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen bereits in Bezug auf den Bahnausbau der Strecke Hannover–Bielefeld kontaktiert, wie dies (in der Antwort auf meine Schriftliche Frage 117 auf Bundestagsdrucksache 19/9822 dargelegt) gegenwärtig der Fall sei, um den Gutachterentwurf des Zielfahrplans Deutschland-Takt unter anderem auf Basis der Rückmeldungen der Länder zu optimieren?

52. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Welche zusätzlichen Programme plant die Bundesregierung in Bezug auf die vorgeschlagenen Maßnahmen für den Verkehrssektor im Rahmen des Klimakabinetts (https://bit.ly/2I1tM3u), die sich eignen, um die nationalen Klimaschutzziele im Jahr 2030 zu erreichen, neben den altbekannten Programmen der Mehrwertsteuersenkung auf Bahntickets vom April 2019 (https://bit.ly/30TM208), der bereits durchgeführten Grundgesetzänderung im Februar 2019, die die Erhöhung der Mittel für den Infrastrukturausbau bei S- und U-Bahnen im Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf 1 Milliarde Euro ermöglicht (https://bit.ly/2K8A18p), und den bereits bestehenden Förderprogrammen für die Anschaffung von Elektrobussen vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (https://bit.ly/2JMSbgz; https://bit.ly/2EIBoHf) aus dem Jahr 2018, und wie setzt sich die konkrete Einsparung der genannten Einsparung von CO_2 im Maßnahmenpaket für das Klimakabinett für den Bereich ÖV zusammen (https://bit.ly/2I1tM3u) (bitte für jede Einzelmaßnahme die errechnete jährliche Kohlendioxideinsparung auflisten)?

53. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Mit wie vielen Tonnen Kohlendioxideinsparung rechnet die Bundesregierung konkret bei den für den Radverkehr im Rahmen der Vorschläge des Klimakabinetts veröffentlichen Maßnahmen „Mittelanstieg (u. a. für Radschnellwege und Projekte mit Signalwirkung), Fahrradfreundliche Rahmenbedingungen“ (https://bit.ly/2I1tM3u) (bitte für jede Einzelmaßnahme die errechnete jährliche

Kohlendioxideinsparung auflisten), und auf welcher wissenschaftlichen Grundlage beruhen diese Berechnungen (bitte relevante Studien und Quellen angeben)?

54. Abgeordneter **Stephan Kühn (Dresden)** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Inwiefern geht die Bundesregierung davon aus, dass die avisierten CO_2-Einsparungen in der Maßnahmenliste für den Klimaschutz im Verkehrssektor, die der Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur Andreas Scheuer beim Klimakabinett am 29. Mai 2019 vorgelegt hat (vgl. www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Artikel/K/aktiver-klimaschutz-in-der-verkehrspolitik.html), bis zum Jahr 2030 realisierbar sind, und von welchem Finanzierungsbedarf geht die Bundesregierung bei der Umsetzung der einzelnen Maßnahmenfelder jeweils aus?

55. Abgeordneter **Stephan Kühn (Dresden)** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Mit welchen Maßnahmen plant die Bundesregierung das Instrument der Plangenehmigung, insbesondere bei Ersatzneubauten und Lärmschutzmaßnahmen, zu stärken (vgl. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD für die 19. Legislaturperiode, Zeilennummern 3426 bis 3428, S. 75), und welche konkreten Schritte bzw. Maßnahmen und gesetzlichen Veränderungen zur Planungsbeschleunigung von Verkehrsinfrastrukturprojekten plant die Bundesregierung im Zuge des „Strukturstärkungsgesetzes Kohleregionen“?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

56. Abgeordnete **Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie viele aktuell geltende strahlenschutzrechtliche Genehmigungen für nuklearmedizinische Einrichtungen gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit in den Bundesländern jeweils insgesamt, und ist der Bundesregierung bekannt, was diese Genehmigungen beinhalten?

57. Abgeordneter
Hubertus Zdebel
(DIE LINKE.)

Hat die Bundesanstalt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle inzwischen die Genehmigung für den Export von hochangereicherten frischen Uran-Brennstoffkugeln des AVR Jülich in die USA erteilt, und bedeutet eine solche Ausfuhrgenehmigung aus Sicht der Bundesregierung auch, dass ein Export der bestrahlten Kugelbrennelemente aus dem AVR, die derzeit in 152 Castor-Behältern in Jülich ohne ausreichende atomrechtliche Genehmigung aufbewahrt werden, grundsätzlich rechtlich ebenfalls dann zulässig wäre (siehe Sachstandsbericht des Wirtschaftsministers des Landes Nordrhein-Westfalen Prof. Dr. Andreas Pinkwart vom 27. Juni 2018, www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMV17-931.pdf)?

58. Abgeordneter
Hubertus Zdebel
(DIE LINKE.)

Welche wesentlichen baulichen Merkmale hinsichtlich Flugzeugabsturz und Angriff mit panzerbrechenden Waffen unterscheidet das laut Aussagen des Entsorgungswerks für Nuklearanlagen (EWN) am 29. Mai 2019 beantragte neue Zwischenlager für hochradioaktive Atomabfälle (ESTRAL, siehe www.ewn-gmbh.de/information/presse/) bei Lubmin von den bisherigen von der Steag errichteten Zwischenlagern in Norddeutschland, und in welcher Weise sind die derzeit an diesen älteren Zwischenlagern laufenden Nachrüstungen zum Schutz vor Terrorangriffen und Flugzeugabstürzen bei dem geplanten Neubau der EWN integriert (siehe www.bfe.bund.de/DE/ne/zwischenlager/dezentral/bauweise/bauweise.html)?

59. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie plant die Bundesregierung, das im Entwurf des Klimaschutzgesetzes vorgesehene Ziel einer Reduktion von 40 Prozent der deutschen Treibhausgasemissionen bis 2020 gegenüber den Werten von 1990 zu erreichen?

60. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welchen konkreten Zeitplan hat die Bundesregierung für den Gesetzgebungsprozess zum Klimaschutz, vor dem Hintergrund, dass im September 2019 eine Grundsatzentscheidung über Gesetze und Maßnahmen getroffen werden soll, diese jedoch bereits Ende dieses Jahres im Kabinett ver-

abschiedet werden sollen (www.waz.de/politik/klimakabinett-der-bundesregierung-tagt-id225874785.html)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

61. Abgeordneter **Reinhard Houben** (FDP)

Inwiefern hält die Bundesregierung die vom Bundesminister der Finanzen Olaf Scholz beschlossene Kürzung des Etats für das Bildungsressort um 600 Millionen Euro für kontraproduktiv in Bezug auf den Fachkräftemangel von hochausgebildeten Programmierern, IT-Sicherheitsexperten und Entwicklern in Start-ups?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

62. Abgeordnete **Helin Evrim Sommer** (DIE LINKE.)

Was hat die Bundesregierung bislang auf EU-Ebene unternommen, um EU-weite Regeln für den lückenlosen Lieferkettennachweis von Unternehmen unter Einschluss von sozialökologischen und menschenrechtlichen Mindeststandards einzuführen, und wie sollen die künftigen Handelsschranken für nicht fair gehandelte Produkte aussehen, die die Bundesregierung befürwortet (vgl. www.sueddeutsche.de/politik/entwicklungsminister-mueller-keine-ausbeutung-von-mensch-und-natur-akzeptieren-1.4221855-2, abgerufen am 23. Mai 2019)?

63. Abgeordnete **Helin Evrim Sommer** (DIE LINKE.)

Welchen finanziellen Anteil an den ODA-relevanten Ausgaben wird die Bundesregierung im aktuellen Haushaltsjahr im Rahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit für Maßnahmen zur Hunger- und Armutsbekämpfung in „niedrig entwickelten Ländern“ (Low Developed

Countries/LDC) zur Verfügung stellen, und welche wesentlichen Schwerpunktvorhaben werden hierbei durchgeführt?

64. Abgeordnete **Eva-Maria Schreiber** (DIE LINKE.)

Sind die Aussagen des KfW-Vorstandsmitglieds Joachim Nagel in der „Frankfurter Rundschau“ vom 9. Mai 2019 nach Kenntnis der Bundesregierung so zu verstehen, dass die KfW Entwicklungsbank die Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfungen aller von ihr mit Haushalts- oder Eigenmitteln finanzierten Projekte ab Sommer 2019 veröffentlichen wird, und wird auch die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft DEG als Tochtergesellschaft der KfW diese Veröffentlichungspraxis übernehmen (www.fr.de/wirtschaft/will-transparenter-werden-12267597.html)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

65. Abgeordneter **Stefan Schmidt** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aus welchen Gründen ist die Überwachung von Finanzvermittlerinnen und Finanzvermittlern aktuell in die Kompetenz der Gewerbeämter und Kammern auf Landesebene ausgelagert worden, und aus welchen Gründen plant die Bundesregierung die Übertragung der Kompetenz an die BaFin (vgl. Koalitionsvertrag 2018, S. 135)?

66. Abgeordneter **Stefan Schmidt** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu welchem Ergebnis kam nach Kenntnis der Bundesregierung die im Jahr 2018 von den Finanzbehörden u. a. in Hamburg und Nordrhein-Westfalen gestellte Gruppenanfrage an die irischen Finanzbehörden, bei der nach den Daten von Vermieterinnen und Vermietern von Wohnungen gefragt wurde, die auf der Homesharing-Plattform Airbnb Wohnungen zur Zwischenmiete anbieten, um den Verdacht auf Steuerhinterziehung prüfen zu können, und wie viele Strafverfahren wegen des Verstoßes gegen das Steuerrecht wurden daraufhin eingeleitet (vgl. www.lto.de/

recht/hintergruende/h/gruppenanfrage-irland-airbnb-steuerhinterziehung-mieteinnahmen-selbstanzeige)?

67. Abgeordneter **Omid Nouripour** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wurden nach Kenntnis der Bundesregierung seit Beginn des Bürgerkrieges 2015 Banknoten aus Deutschland an die jemenitische Zentralbank in Sanaa oder Aden geliefert, und wenn ja, inwiefern waren daran Unternehmen in öffentlichem Besitz beteiligt?



Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333